

Die Ursache des Ausbleibens ukrainischer Zuschübe.

B. Berlin, 19. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der österreichischen Presse wird als Ursache der Kürzung der Brottration in Wien mehrfach angegeben, daß Deutschland sich verpflichtet habe, die Mehlversorgung Oesterreichs bis zur neuen Ernte zu übernehmen, aber seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Das beruht auf einer völlig falschen Auffassung. Bei den Verhandlungen, die unmittelbar vor Pfingsten in Berlin mit den Vertretern von Oesterreich-Ungarn über die Getreideeinfuhr aus der Ukraine stattfanden, ergab sich die Notwendigkeit, eine einheitliche straffe Leitung der Organisation des Getreideaufkaufes in der Ukraine herbeizuführen, da sich aus dem nicht immer ganz einheitlichen Nebeneinanderarbeiten verschiedener Organisationen Mißstände ergeben hatten, die für den Gesamterfolg nachteilig waren.

Die Vertreter von Oesterreich-Ungarn erklärten sich bereit, die Führung der ganzen Angelegenheit den deutschen Stellen zu überlassen, wenn die Gewähr geboten werde, daß Oesterreich-Ungarn dann aus der Ukraine oder, wenn diese versage, aus Rumänien oder Bessarabien die Mindestmenge erhalte, die notwendig sei, um die Versorgung des Heeres und der Bevölkerung von Oesterreich bis zur neuen Ernte aufrechtzuerhalten. Auf dieser Grundlage ist das Abkommen abgeschlossen worden. Eine Lieferung aus deutschen Beständen ist dabei nicht vorgesehen worden. Sie hätte nur in Frage kommen können, wenn Deutschland noch Reservebestände hätte, die über den Bedarf für Bevölkerung und Heer hinaus verfügbar gewesen wären. Das ist aber in diesem Erntejahr leider nicht der Fall. Daß jetzt die Getreidelieferungen aus der Ukraine und Bessarabien so gering sind, daß die Versorgung Oesterreichs dadurch sich sehr schwierig gestaltet, ist sehr bedauerlich. Daß die Ursachen dafür aber völlig außerhalb des Verschuldens deutscher Stellen liegen, wird auch von amtlicher österreichischer Seite durchaus anerkannt und ist bei den Verhandlungen, die in diesen Tagen mit dem österreichischen Ernährungsminister stattgefunden haben, besonders zum Ausdruck gebracht worden. Bei diesen Verhandlungen ist auch von deutscher Seite gegenüber den österreichischen Wünschen Entgegenkommen bewiesen worden, soweit es nach der deutschen Versorgungslage zulässig war.